
1178/J XXIII. GP

Eingelangt am 05.07.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Gisela Wurm

und GenossInnen

an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend

betreffend Rezeptfreiheit der „Pille danach“

Der Oberste Sanitätsrat hat unlängst empfohlen, Notverhütungsmittel auf die Liste rezeptfreier Medikamente zu setzen. Wird das Medikament innerhalb von 12 Stunden eingenommen, hat die „Pille danach“ eine 98prozentige Wirksamkeit. Diese verringert sich in den nächsten 72 Stunden aber bereits auf 54 Prozent.

Das EU-Parlament hat im Jahr 2002 aus eigener Initiative einen Bericht mit "Empfehlungen" über Verhütungsmittel und Abtreibungen erarbeitet. Unter anderem "empfiehlt" das Parlament "den Regierungen der Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer, den Zugang zur erschwinglichen Notverhütung zu erleichtern".

Die „Pille danach“ ist in 28 Ländern weltweit ohne Rezept in Apotheken erhältlich (darunter Frankreich, Schweden, Schweiz, Holland, England, Belgien, Portugal, Dänemark, Norwegen und USA). In Frankreich ist Pille danach am längsten - seit 2000 - rezeptfrei erhältlich. Die langjährigen internationalen Erfahrungen zeigen, dass es keine medizinischen Probleme bei der Anwendung der Medikamente gibt und in diesen Ländern die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche sinkt.

Eine Telefonumfrage der Österreichischen Gesellschaft für Familienplanung (ÖGF) vom November 2006 an 109 Spitälern hat ergeben: 28 Prozent weigerten sich, ein Rezept auszustellen. Oft hängt eine Entscheidung einfach vom „guten Willen“ des Arztes ab. Mehr als die Hälfte der Mediziner verlangen eine Untersuchung oder machen sogar einen Schwangerschaftstest!

Die unterfertigten Abgeordneten richten an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend daher nachstehende

ANFRAGE:

1. Welche Maßnahmen planen Sie, um der Empfehlung des EU-Parlaments zu folgen?
2. In Österreich ist die Zahl der ungewollten Schwangerschaften bei unter 18jährigen vergleichsweise auffallend hoch. Welche Maßnahmen planen Sie, um dieser Entwicklung gegen zu steuern?
3. Nur 4% der Jugendlichen sind über die Möglichkeit der Notverhütung informiert. Halten Sie diese Zahl für bedenklich? Wenn ja, welche Maßnahmen planen Sie zur besseren Aufklärung?
4. Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der Zahl ungewollter Schwangerschaften bei jungen Mädchen und der mangelnden Information über die Notverhütung?
5. Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der Zahl ungewollter Schwangerschaften bei jungen Mädchen und der Verschreibepaxis dieser Medikamente?
6. Werden Sie der Empfehlung des Obersten Sanitätsrates folgen, und Notverhütungsmittel auf die Liste rezeptfreier Medikamente setzen? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?